

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Das Eigengewicht der französischen Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1956) : Das Eigengewicht der französischen Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 1, pp. 14-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132213>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Eigengewicht der französischen Wirtschaft

Paris, 10. Januar

Frankreich bietet der Welt immer wieder die erstaunliche Überraschung, daß seine fehlende politische Stabilität seine Wirtschaftskonjunktur nicht beeinträchtigt. Der permanenten politischen Labilität steht eine ebenso permanente und fast zu große wirtschaftliche Stabilität gegenüber. Die letzten Monate des Jahres 1955 waren in dieser Beziehung besonders aufschlußreich. Mit seinem peinlich vergeblichen Ringen um eine Wahlreform erschütterte das Parlament sein nationales und internationales Prestige, während sich der unbefangene Beobachter nicht des Gefühls einer Auflösung der Staatsautorität erwehren konnte. Gleichzeitig erreichte jedoch die Industrieproduktion einen Rekordstand, gestatteten hohe Steuereinnahmen der Staatskasse, einen erheblichen Teil früherer Vorschüsse der Notenbank zurückzuzahlen, verringerte das Land mit der Steigerung seiner Gold- und Devisenreserven seine Auslandsverschuldung, nahm die private Spartätigkeit in bisher nie gekanntem Maße zu und wickelte sich in anscheinend sorglosester Atmosphäre das beste Weihnachtsgeschäft mit höchsten Umsätzen ab. Unruhe beobachtete man lediglich auf dem wieder etwas belebteren Goldmarkt und an der unentschlossen lustlosen, aber immerhin recht widerstandsfähigen Wertpapierbörse.

Politik und Wirtschaft bewegen sich in Frankreich auf zwei verschiedenen Ebenen. Das ist nur möglich, weil eine ebenso scharfe Trennung zwischen Politik und Verwaltung besteht. Die Wahrnehmung der staatlichen Funktionen liegt viel stärker in den Händen des Verwaltungsapparates als bei der Regierung oder beim Parlament. Der wiederholt festgestellte Leerlauf der Politik im eigentlichen Sinne mit zahlreichen Regierungskrisen verhindert zwar grundlegende Entscheidungen, nicht aber den normalen Ablauf des täglichen Lebens. Die Verwaltung hat ihr eigenes Schwergewicht, sie läßt sich durch die Politik in ihrer Routine nicht stören. Selbst in den stürmischsten Perioden der französischen Geschichte erfüllte sie methodisch ihre Pflicht, und weder die Große Revolution von 1789 noch der Zusammenbruch des napoleo-

nischen Imperiums führten zur geringsten Unterbrechung der Verwaltungstätigkeit.

Gewiß, ohne Entscheidungen auf höchster Ebene, ohne Gesetze und Kabinettsbeschlüsse geht es in keinem Lande, auch in Frankreich nicht. Ein gewisses Gegengewicht ergibt sich aus dem Gesetzesüberfluß, der sich im Laufe der Jahrhunderte ansammelte und durch keine Revolution, durch keinen Zusammenbruch außer Kraft gesetzt wurde. Einer überaus findigen Verwaltung fällt es daher nicht zu schwer, für selbständige Entscheidungen ohne Regierungsinterventionen die erforderlichen Gesetzesgrundlagen zu entdecken. Die politische Stärke Frankreichs ist übrigens nicht zuletzt in dem außergewöhnlichen Wert seiner allzu oft verkannten Verwaltung verwurzelt. Trotz schlechter Bezahlung und nicht gerade besonders hoher sozialer Achtung blieb ein bedeutender Teil der französischen Elite der Verwaltung treu. An ihrer Spitze gibt es verhältnismäßig wenig Bürokratie, viel Opfersinn, noch mehr Verantwortungsbewußtsein und Begabung im wahrsten Sinne des Wortes. Die Leichtigkeit, mit der es Frankreich gelang, in der Nachkriegszeit in sehr zahlreiche internationale Organisationen und Einrichtungen führend fähige Persönlichkeiten zu entsenden, um dort eine über sein politisches Gewicht weit hinausgehende Rolle zu spielen, spricht für die Qualifikation seines hohen Beamtenstabes. Es ist ferner bezeichnend, daß die Riesenbetriebe des staatlichen Wirtschaftssektors, von der Eisenbahn über die Kohlengruben und die Elektrizitätswerke bis zur verstaatlichten Automobilfabrik Renault, völlig losgelöst von der Politik selbständig in restlos einwandfreier Form von Managern geleitet werden, die sich Ministern und Regierungschefs zumindest ebenbürtig fühlen.

Für manche wirtschaftspolitische Maßnahme der Regierung bestehen in Frankreich private Ausweichmöglichkeiten. Die Steuerpolitik neutralisierte man durch einen beinahe wissenschaftlich aufgebauten Steuerbetrug, die fortschrittliche Sozialpolitik ging Hand in Hand mit einer Verschärfung des Protektionismus, während die staatlichen Kreditmaßnahmen einen erheb-

lichen Teil von Industrie und Landwirtschaft völlig unberührt ließen. Die Wirkungen einer Veränderung des Diskontsatzes sind in Großbritannien und auch in Deutschland völlig anders als in Frankreich, in Anbetracht der viel geringeren Abhängigkeit einer im Grunde genommen kaum verschuldeten Industrie. Es ist kein Zufall, wenn heute die Banken der meisten Länder um Krediteinschränkungen bemüht sind, in Frankreich jedoch nach zusätzlichen Kreditverteilungsmöglichkeiten Ausschau halten, weil die ernste Nachfrage hinter ihren finanziellen Möglichkeiten zurückbleibt. Sieht man von einem Teil der Grundindustrien ab, erfolgte die Modernisierung der Nachkriegsjahre vorwiegend aus eigenen Mitteln und ohne Beeinträchtigung der Krisenfestigkeit der französischen Wirtschaft.

Selbstverständlich muß man sich vor Übertreibungen hüten. Bei der Allmacht des modernen Staates kann es auf die Dauer auch der französischen Wirtschaft nicht gleichgültig sein, ob die Politik sich in gesunden oder gefährlichen Bahnen bewegt, besonders in einer Periode sinkender Handelsschranken und anti-protektionistischer Tendenz. Frankreich könnte viel weiter, viel gesünder sein, wenn seine politische Lähmung nicht zur ständigen Vertagung unumgänglicher Beschlüsse führte, wenn die mangelnde Regierungstabilität kein Bremsklotz für die allgemeine Entwicklung wäre. Hierin liegt für die kommenden Jahre eine zunehmend bedenkliche Gefahr, die sich in der ersten Nachkriegsperiode nur wenig fühlbar machte, weil die französische Wirtschaft zunächst für ihre von der Politik unabhängige Eigenpolitik noch genügend Spielraum hatte, weil sie sich außerdem, auf ihren eigenen Reichtum gestützt, hinter behaglich protektionistischen Mauern bewegte und die Stunde der Entscheidungen noch nicht geschlagen hatte. Mit Recht kündigten jedoch im jüngsten Wahlkampf Regierung und Opposition für die nächste Zukunft lebenswichtige Termine an. Die französische Wirtschaft muß sich mit einer freieren europäischen Konkurrenz zurechtfinden und gleichzeitig ihre Beziehungen mit den überseeischen Gebieten der Französischen Union auf eine neue Grundlage stellen. *Alfred Frisch*